

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans  
von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017  
Zweite Beratung**

**Stuttgart, Landtag, 8. Februar 2017**

**Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden  
Andreas Stoch MdL**

**„Trotz voller Kassen kein Ehrgeiz und Mut  
zu wichtigen Investitionen,  
vor allem aber keine gemeinsame Idee  
für die Zukunft unseres Landes“**



Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie heißt es doch so schön in dem berühmten Gedicht „Stufen“ von Hermann Hesse: *„und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“*. Diesbezüglich kann Grün-Schwarz selbst die ohnehin niedrigen Erwartungen nicht erfüllen. Auch im Haushaltsentwurf 2017 entpuppt sich dieser Zauber als ein fauler Zauber. Diese Landesregierung kann nur verwalten, aber nicht gestalten.

Bei bester Haushaltslage – einem Rekordüberschuss in 2016 von 3,5 Milliarden Euro und finanziellen Reserven von rund 5 Milliarden Euro – sind Sie nicht in der Lage, Ideen für die Zukunft unseres Landes zu formulieren. Das hat einen Grund. Und er liegt im Wesen der von Ihnen beschworenen „Komplementärkoalition“: Grün-Schwarz besitzt gar *keine gemeinsame Idee für die Zukunft unseres Landes*, und wird wohl auch keine entwickeln können.

Sie, Herr Ministerpräsident, versuchen immer wieder den Eindruck zu erwecken, als sei Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün ein Zukunftsmodell. Mit Verlaub, Sie haben weder eine gemeinsame Idee noch haben Sie überhaupt Themen, für die Sie sich in Ihrer Koalition gemeinsam interessieren. Herr Ministerpräsident, Sie betätigen sich als Kulissenbauer. Und diese Landesregierung ist eine Kulisse ohne Inhalte dahinter.

Herr Ministerpräsident, Sie betonen immer wieder, dass Sie Wert legen auf die *„Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“*. Aber kann das alles sein? Wo bleibt hier der soziale Aspekt, der unsere Gesellschaft erst zusammenhält und für fairen, ja gerechten Ausgleich sorgt? Ja, meine Damen und Herren, in diesem Punkt zeigt sich, dass es eben einen Unterschied macht, ob die SPD mitregiert oder nicht.

Baden-Württemberg ist stark wegen seiner Menschen, die unser vielfältiges und bedeutendes Bundesland ausmachen und seinen Wohlstand erarbeiten. Aber diese Menschen haben Sorgen und Fragen, die die Politik ernst nehmen muss. Wir Sozialdemokraten nehmen diese Sorgen ernst. Und wir arbeiten dafür, dass die Menschen im Land zuversichtlich in die Zukunft blicken können.

## **Beispiel Digitalisierung**

Das große Thema Digitalisierung ist eines, bei dem wir besonders deutlich sehen, dass Ihnen eine gemeinsame Idee fehlt. Baden-Württemberg benötigt zweifelsohne eine digitale Strategie. Die SPD hat in ihrer Regierungsverantwortung gehandelt und dafür die Weichen gestellt, etwa durch die Schaffung von BITBW (IT Baden-Württemberg, [www.bitbw.de](http://www.bitbw.de)). So haben wir Kompetenz gebündelt und die Digitalisierung für alle Behörden des Landes nutzbar gemacht.

Wo aber ist jetzt Ihre Strategie, Herr Kretschmann? Mit 350 Millionen Euro wollen Sie die Digitalisierung voran bringen. Das klingt nach viel. Doch allein für den Breitbandausbau im Land wären eigentlich 10 Milliarden Euro nötig, - so hat es die Wirtschaftsministerin vorgerechnet.

Sie haben bislang nichts zur Digitalisierung auf den Weg gebracht. Im Dezember 2016 veranstaltete die Landesregierung eine Pressekonferenz um... ja was eigentlich? Sie wollten dort eine Digitalisierungsstrategie vorstellen, hatten aber vergessen, vorher eine Strategie zu entwickeln. Außer dem Plan, mal eine Strategie zu entwickeln, konnten Sie nichts präsentieren.

Die Substanz war so dünn, dass sich Handwerkspräsident Rainer Reichold genötigt sah, Starthilfe zu geben und der Regierung Kretschmann die selbstverständlichsten Grundlagen zu erklären.

In der Stuttgarter Zeitung vom 14. Dezember 2016 heißt es:

*„Es komme darauf an, die Digitalisierung vom Menschen und vom Unternehmen her zu denken, sagte der Präsident des baden-württembergischen Handwerkstages Rainer Reichold: ‚Da hat das Handwerk mit seiner Nähe zum Kunden einen Vorsprung, auf den wir aufbauen und Erfahrungen, die wir einbringen können.‘“*

Grün-Schwarz hatte die „Nähe zum Kunden“ da längst verloren. Denn auch hier fehlt wieder der soziale Aspekt, der uns Sozialdemokraten so wichtig ist, da er das Fundament für den inneren Frieden einer jeden Gesellschaft darstellt.

Digitalisierung hat wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt, gerade hier in Baden-Württemberg. Laut einer Studie arbeiten in Baden-Württemberg im Vergleich

zu anderen Bundesländern besonders viele Beschäftigte in Berufen, die bereits heute zu mehr als 70 Prozent von Computern oder Maschinen erledigt werden können. Wie Sie angesichts solcher Daten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer komplett vergessen können, ja mit keiner Silbe in Ihren Aussagen zur Digitalisierung erwähnen, ist mir ein großes Rätsel.

Die Sorgen und Ängste der Menschen in Baden-Württemberg spielen bei Ihnen keine Rolle. Antworten auf die Fragen: Wird es meinen Job übermorgen noch geben? Wird es für meine Kinder noch Jobs geben? Alles komplett Fehlanzeige.

Wir haben vorgeschlagen, 10 Millionen Euro für die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einem Qualifizierungsfonds bereitzustellen. Wir wollen, dass sich die Menschen in der digitalen Welt sicher fühlen, dass sie den technischen Fortschritt als Chance begreifen können und nicht als Gefahr. Das setzt voraus, dass sie die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung kennen lernen.

Sehr geehrter Herr Kretschmann, ich fordere Sie auf: Lassen Sie uns gemeinsam diesen Qualifizierungsfonds auflegen. Er wäre ein kleines Zeichen, dass die Politik verstanden hat, ein Zeichen, dass die Landespolitik die Menschen mit ihren Fragen nicht alleine lässt und die soziale Dimension des digitalen Wandels stets mitdenkt.

### ***Beispiel Informatikunterricht***

Zu Ihren Versäumnissen bei der Digitalisierung gehört auch der gestrichene Informatikunterricht. Meine Damen und Herren, auch die Schülerinnen und Schüler im Land fragen sich, wie sie in einer digitalisierten Welt zurecht kommen werden. Die meisten sind zuversichtlich, denn sie sind mit PC und Smartphone aufgewachsen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler für Informatik begeistern, weil wir wissen, dass viel mehr Spaß an Berufen in der Informatik hätten, wenn sie in der Schule mit Programmierung, Software-Design und Internettechnologie in Kontakt kämen. Und natürlich hat auch die Wirtschaft ein Interesse daran, dass ihre Azubis nicht erst im Unternehmen lernen, was eine Programmiersprache ist oder was ein Compiler<sup>1</sup> macht.

---

<sup>1</sup> Ein Compiler ist ein Computerprogramm, das Quellcodes einer bestimmten Programmiersprache in eine Form übersetzt, die von einem Computer ausgeführt werden kann.

Als ich hörte, dass Grün-Schwarz den Informatikunterricht auf das Gymnasium beschränken will, konnte ich nur noch den Kopf schütteln. Die Kinder und Heranwachsenden an den Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen stellen sich doch die gleichen Fragen wie Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Alle haben es verdient, dass wir ihnen die digitale Welt erklären. Alle haben es verdient, dass wir ihnen das Handwerkszeug für die digitale Zukunft mitgeben.

Es ist doch Wahnsinn anzunehmen, dass Realschüler in ihrem Berufsleben nicht mit Computern in Berührung kommen. Mit dieser Politik sorgen Sie erneut für eine soziale Schieflage unserer Gesellschaft. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns den Informatikunterricht an allen Schularten anbieten. Alle Schüler verdienen ihn.

### ***Beispiel Lehrerstellen***

Auch in anderen Politikfeldern zeigt die Landesregierung, dass sie die soziale Dimension weder im Blick hat noch sich um diese wirklich kümmert. Gute Bildung setzt eine ausreichende Anzahl von Lehrern voraus. Sie können es sich sparen, sich über guten Unterricht Gedanken zu machen, der gar nicht stattfindet.

Wir brauchen keine Expertenrunden oder Diskussionsforen, um zu erkennen, dass Unterricht schlechter wird, ja vielerorts ausfallen wird, wenn 1.074 Lehrerstellen im Land gestrichen werden. Um dieses heraufziehende Defizit des öffentlichen Schulwesens auszugleichen, kaufen sich einige teuer private Nachhilfestunden ein. Soll aber gute Bildung ab jetzt wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängen? Wollen Sie zurück in die dunkelsten CDU-Zeiten, als in Baden-Württemberg die Nachhilfeausgaben im bundesweiten Vergleich am höchsten waren?

Alle Kinder haben ein Recht darauf, in ihren individuellen Stärken gefördert zu werden und mit ihren individuellen Schwächen nicht alleine dazustehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der CDU, nehmen Sie die Streichung der Lehrerstellen zurück! Sie gefährden damit die Zukunft unseres Landes, dessen wichtigste Ressource eine gute Bildung ist und bleibt.

## **Beispiel Wohnungsbau**

Auch in der Wohnungspolitik zeigt sich, dass diese Landesregierung keine gemeinsame Idee für die nächsten vier Jahre anzubieten hat. Auch hier lassen Sie das Gespür für die soziale Dimension des Themas vermissen. Die einen versuchen sich an einer Wohnraum-Allianz, für die anderen sind Dachbegrünung und Fahrradabstellplätze auch weiterhin heilige Kühe. Was die Menschen wirklich bewegt, scheint Sie nicht zu interessieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der Schule wollen junge Menschen ihre ersten eigenen vier Wände beziehen. Irgendwann werden sie mit Partnerin oder Partner zusammenziehen und eine Familie gründen. Für die Kinder wünschen sie sich dann ein eigenes Zimmer. Im Alter haben sie wieder andere Anforderungen an ihre Wohnung – sie darf gerne kleiner sein, aber mit guter Versorgung in der Nähe.

Seit vielen Jahren gibt es zu wenige Wohnungen in Baden-Württemberg. Die Folgen sind dramatisch: Selbst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Einkommen können sich eine Wohnung in größeren Städten nicht mehr leisten. Eine Polizistin, seit Jahren im gehobenen Dienst, mit Ehemann und zwei Kindern kann in Stuttgart keine Vier-Zimmer-Wohnung mieten. Studierende, die in Konstanz keinen Wohnheimplatz zugelost bekommen und keine finanzkräftigen Eltern haben, finden in der Stadt keine bezahlbare Unterkunft mehr.

Diese Menschen müssen Tag für Tag weite Strecken zu Ihrer Arbeit, zu ihrem Ausbildungsplatz oder an die Universität auf sich nehmen. Das bedeutet: weniger Zeit für Familie, weniger Zeit für Freunde, weniger Zeit für Erholung, weniger Zeit für gesellschaftliches Engagement. Wer täglich 45 Minuten zur Arbeit fährt verliert in einem Jahr fast zwei Wochen Lebenszeit. Zwei Wochen Lebenszeit muss eine Stuttgarter Polizistin opfern, um mit Ihrer Familie angemessen wohnen zu können – jedes Jahr. Wir brauchen mehr Wohnungen und mehr Mittel, damit Menschen wieder bezahlbaren Wohnraum finden.

Die SPD hat dieses Problem erkannt. Zwischen 2011 und 2016 haben wir den Wohnungsbau kräftig gefördert. Die Ausgaben des Landes für die Förderung des Wohnungsbaus haben wir von 48 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 205 Mio. Euro im Jahr 2016 erhöht. Das war eine erste Offensive für den Wohnungsbau.

Und wieder spielt der soziale Aspekt eine wichtige Rolle: Wir haben den sozialen Mietwohnungsbau wieder zum Leben erweckt und die Förderung an sozialen Kriterien orientiert. Im Ergebnis sind während unserer Regierungszeit deutlich mehr Wohnungen gebaut worden. Und in diese Wohnungen sind Menschen eingezogen, die froh sind, endlich eine bezahlbare, angemessene Wohnung gefunden zu haben. Aber es war und ist uns klar: Wir sind nicht am Ziel, es muss weitergehen. Der Mangel ist inzwischen vor allem in den Ballungsräumen so groß, dass wir eine zweite Stufe der Wohnraum-Offensive zünden müssen.

Das wäre nun Ihre Aufgabe, ja verdammte Pflicht. Deshalb fordern wir Sie auf, mehr Geld für den Wohnungsbau in die Hand zu nehmen und die Landesmittel deutlich aufzustocken. Wir wollen im Wohnungsbau klotzen statt kleckern und wir wollen auf allen Handlungsfeldern mehr Tempo in die Umsetzung bringen.

Was aber plant die grün-schwarze Landesregierung? Sie will 250 Millionen Euro für den Wohnungsbau ausgeben. Das seien 45 Millionen mehr als im letzten Haushalt, klopfen Sie sich selbst auf die Schulter. Dabei verschweigen Sie aber, dass das Land vom Bund stolze 65 Mio. Euro mehr bekommt. Da landen also mir nichts dir nichts 20 Mio. Euro schlicht in der eigenen Tasche.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir vermissen bei Grün-Schwarz den nötigen Ehrgeiz in der Wohnungspolitik. Sie versäumen es, von Landesseite aus in der Wohnraumförderung eine Schippe drauf zu legen. Der Bund investiert kräftig, das Land nicht. Es wird deutlich: dort, wo die SPD nicht in Regierungsverantwortung steht, tut sich auch im Wohnungsbau nicht genug.

Geld alleine hilft aber nicht. Wir müssen beim Haus- und Wohnungsbau auch die bürokratischen Anforderungen auf ein übliches Maß zurückfahren. Wenn Wohnungen knapp sind, müssen wir den Wohnungsbau erleichtern und ihm mehr Gewicht geben als Regelungen zu Fahrradabstellplätzen, Abstellräumen oder der Dachbegrünung. Bauen muss leichter und unbürokratischer werden. Dies erfordert aktuell Anpassungen im Bauordnungsrecht. Statt hier entschlossen Initiativen zu ergreifen, zoffen sich die Komplementärkoalitionäre auf offener Bühne.

Wir haben den Eindruck, dass in der Wohnraumallianz zahlreiche Experten sehr gute Vorschläge gemacht haben, dass aber jetzt bei der politischen Umsetzung zwischen Grün und Schwarz nicht einmal der kleinste gemeinsame Nenner erkennbar ist.

### ***Beispiel Studiengebühren***

Ein weiteres Herzensanliegen dieser Landesregierung ist das weltoffene Baden-Württemberg. Dies kann die SPD grundsätzlich befürworten. Ich und meine Fraktion fragen sich allerdings: Wie passt dazu das Ansinnen Ihrer Wissenschaftsministerin, Studiengebühren für Ausländer einzuführen? Das ist das Gegenteil von weltoffen. Das ist diskriminierend.

Und, meine Damen und Herren, Sie haben es sicher auch gelesen: Das renommierte Centrum für Hochschulentwicklung kommt in seiner Stellungnahme, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, zu dem Ergebnis, dass die Studiengebühren, wie sie jetzt von der grün-schwarzen Regierung geplant werden, ein „Irrweg“ sind, die erhofften Einnahmen im überschaubaren Rahmen bleiben, der administrative und finanzielle Aufwand für die Hochschulen dagegen relativ hoch sei, und somit Aufwand und Ertrag in keinem zu rechtfertigenden Verhältnis stehen.

Stattdessen sind Sie auf dem besten Weg, auch die Hochschulbildung wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen. Und ich wette überdies: Die Hintertüre für die Wiedereinführung allgemeiner Studiengebühren lassen Sie sich weiter offen.

Es ist doch geradezu grotesk. Vor einer Woche waren wir gemeinsam in Indien, im Gespräch mit den dortigen Hochschulen, um für Baden-Württemberg und seine Hochschulen zu werben, und gleichzeitig werden von Ihnen neue Hindernisse für eine engere Kooperation aufgebaut.

Die jetzt drohende Abschreckung internationaler Studierender ist ungerecht und widersinnig. Das kostenfreie Studium ist ein bedeutsamer Standortvorteil und wiederum ein sozialer Faktor. Nicht ohne Grund gehören wir zu den beliebtesten Ländern unter ausländischen Studierenden. Dieser Spitzenposition erweisen Sie mit Ihren Plänen für Studiengebühren einen Bärendienst.

### ***Beispiel Innere Sicherheit***

Schließlich möchte ich mich noch der inneren Sicherheit zuwenden. Ein Thema, das die Menschen derzeit angesichts der Terrorgefahr besonders umtreibt. Die SPD ist

für einen starken und handlungsfähigen Staat. Auch an dieser Stelle möchte ich auf meinen roten Faden der sozialen Dimension zu sprechen kommen. Für die SPD ist Sicherheit ein soziales Bürgerrecht. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Das gilt auch für die innere Sicherheit. Für die breite Masse ist die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung von existenzieller Bedeutung, ja mit die Voraussetzung für den Schutz der Freiheit.

Zu einem handlungsfähigen Staat, in den die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben, gehört auch ein geschlossenes, einheitliches Auftreten der Landesregierung und der Regierungsfractionen. Davon kann aber bei Grün-Schwarz keine Rede sein. Bei Ihnen herrscht das pure Chaos. Jeder macht – ganz komplementär –, was er will.

Der eine, schwarze Teil in Wildwestmanier – ich erinnere an das Asyl-Papier von Innenminister Strobl – von Abschiebungen im Krankheitsfall bis zur Kürzung von Sozialausgaben für anerkannte Flüchtlinge. In puncto Populismus lässt dieses Papier keine Wünsche offen. Mal davon abgesehen, dass die Mehrheit der Vorschläge entweder praktisch oder rechtlich nicht umsetzbar ist.

Der andere, grüne Teil musste erst einmal vor den Augen der Öffentlichkeit einen kompletten Wandel durchleben. Von „wir schaffen den Verfassungsschutz ab“, über „wir halbieren ihn zumindest“ zu „im Verfassungsschutz arbeiten nur die besten Spezialisten, die unbedingt personell weiter gestärkt werden müssen“ war es ein langer Weg der staatskeptischen Grünen.

Ähnliches gilt für das Thema Abschiebung – von „keine Abschiebung nach Afghanistan“ über „nicht alle sollen nach Afghanistan abgeschoben werden“ bis hin zu „grundsätzlich wird nach Afghanistan abgeschoben“ ist es auch eine große Entwicklung.

Allerdings ist zu konstatieren, dass es grundsätzlich positiv ist, wenn sich eine Partei weiter entwickelt. Aber das muss man dann auch konsequent und glaubwürdig tun. Man kann nicht für mehr innere Sicherheit den Verfassungsschutz zu Lasten der Polizei stärken wollen. Und im Rechtsstaat kann es auch nicht einem Koalitionsausschuss vorbehalten sein, wer wann warum und wohin abgeschoben wird.

Hier gibt es nämlich Regeln. Und die wichtigste Regelung zum Erhalt der Demokratie ist der Rechtsstaat mit seiner Verfassung. Darüber darf sich auch die grün-schwarze

Landesregierung nicht hinwegsetzen. Denn die Verfassung ist unser Garant für einen starken, handlungsfähigen Staat. Und den wünschen wir uns als SPD.

Meine Damen und Herren, wir wollen Zuversicht schaffen. Zuversicht, dass die Menschen in Baden-Württemberg eine gute Zukunft haben werden. Wir wollen die Zukunft der Arbeit, die Zukunft der Bildung, die Zukunft des Wohnens gestalten und den starken und handlungsfähigen Staat bewahren.

Nie war es einfacher als jetzt, mit einem vollen Staatssäckel, Zukunft zu gestalten und mit Mut und Ehrgeiz in die Zukunft zu investieren. Lassen Sie es uns anpacken! Da ist auch kein Griff in die Taschen der Kommunen erforderlich. Denn die benötigen wir als starken Partner.

Wenn Ihnen jetzt der Mut fehlt, in die Zukunft zu investieren, dann reden Sie sich nicht mit Sachzwängen heraus, nicht mit der Schuldenbremse oder angeblich strukturellen Defiziten in Ihrer Kasse. Denn es liegt einzig und allein daran: Grün-Schwarz besitzt keine gemeinsame Idee für die Zukunft unseres Landes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.